



Abschied

28.2.2024 – Die Abgeordneten des Landtags haben Abschied von ihrer verstorbenen Kollegin Dr. Nadja Büteführ genommen. Vor Beginn der Plenarsitzung gedachten sie der SPD-Politikerin mit einer Schweigeminute. Auf ihrem Sitzplatz lag ein Blumenbouquet. Die Abgeordnete für Witten und Herdecke war am 29. Januar 2024 im Alter von 57 Jahren gestorben. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte Büteführ als „engagierte Demokratin sowie geschätzte Kollegin und Weggefährtin“. Die Nachricht von ihrem Tod habe alle im Landtag sehr tief getroffen. Die Rechte von Kindern, jungen Menschen und Familien hätten ihr besonders am Herzen gelegen. Ihr politisches Selbstverständnis sei geprägt gewesen von „spürbarem Pragmatismus“. Sie habe größten Wert auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit über unterschiedliche Positionen und Fraktionsgrenzen hinweg gelegt. Für sie habe stets der Erfolg in der Sache zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle gestanden. Die Kommunikationswissenschaftlerin gehörte dem Landtag seit Juni 2017 an. Zuletzt war sie u. a. Vorsitzende der Kinderschutzkommission und Mitglied im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie im Sportausschuss.



Häusliche Gewalt

28.2.2024 – Die SPD-Fraktion möchte mit einem Antrag ([18/8125](#)) „häuslicher Gewalt wirkungsvoll begegnen – Schutzmaßnahmen für Betroffene ausbauen und verbessern“. Körperliche und seelische Gewalt im häuslichen Umfeld werde längst nicht immer angezeigt. Trotzdem habe die Polizei im Jahr 2022 insge-

samt rund 27 Prozent mehr Fälle von häuslicher Gewalt vor allem gegen Frauen, aber auch gegen Männer und Kinder gezählt als noch 2018. Als Konsequenzen fordert die Fraktion von der Landesregierung u. a. auskömmlich finanzierte Frauenhäuser mit genügend Plätzen, mehr Hilfsangebote und Schutzeinrichtungen für Kinder und für Männer sowie einen besseren Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe. Polizei und Justiz seien zu sensibilisieren und besser fortzubilden. Zudem solle die Schwelle für Wohnungsverweise durch die Polizei sinken. Daten einer gefährdeten Person sollen nach Vorstellung der SPD ohne deren Einwilligung an eine geeignete Beratungsstelle übermittelt werden dürfen. Der Landtag hat den Antrag sowie einen Entschließungsantrag von CDU und Grünen ([18/8210](#)) an den Innenausschuss (federführend) zur weiteren Beratung überwiesen.

Klimaneutraler Zement

28.2.2024 – Die regierungstragenden Fraktionen haben einen Antrag ([18/7786](#)) zu klimaneutralem Zement vorgelegt. Die globale Zementindustrie Sorge mit jährlich 2,8 Milliarden Tonnen CO₂ für rund 7 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen, heißt es im Antrag von CDU und Grünen. In Nordrhein-Westfalen gebe es elf Standorte der Zementproduktion, vor allem im Münsterland und in Ostwestfalen. Sie seien für rund 5 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr verantwortlich. Es handle sich im Wesentlichen um „unvermeidbare Prozessemissionen, die auf die chemischen Reaktionen beim Herstellungsprozess des Zementklinkers zurückgehen“. Das CO₂ sei im Stein gespeichert und werde durch Zerkleinerung und Mahlen freigesetzt. Um es nicht in die Atmosphäre entweichen zu lassen, stünden verschiedene Technologien zur Verfügung. Dabei werde das CO₂ während der Produktion aufgefangen und gespeichert, meist durch Verpressung in unterirdische Gesteinsschichten. Die Landesregierung solle sich u. a. auf Bundes-

ebene „für wettbewerbsfähige und den Klimaschutz anreizende Rahmenbedingungen für die Zementindustrie“ einsetzen, den Aufbau einer europäischen Speicherinfrastruktur unterstützen und die nordrhein-westfälische „Carbon Management Strategie“ weiterentwickeln. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen angenommen. Die AfD stimmte dagegen, die FDP enthielt sich.

Europawahl 2024

28.2.2024 – Anfang Juni sind die europäischen Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, das Europäische Parlament zu wählen. In Deutschland findet die Wahl am 9. Juni 2024 statt. Erstmals dürfen Jugendliche ab 16 Jahren teilnehmen. Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, über die Landeszentrale für politische Bildung verstärkt in den sozialen Medien über die Europawahl zu informieren. Ein entsprechender Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/8107](#), Neudruck) wurde bei Nein-Stimmen der AfD angenommen. Die Landeszentrale solle auch auf Akteurinnen und Akteure zugehen, die bereit seien, über ihre bereits bestehende Reichweite für demokratische Inhalte und für die Teilnahme an der Europawahl zu werben, heißt es im Antrag weiter. Damit könne sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, insbesondere Erstwählerinnen und Erstwähler über ihr Wahlrecht zu informieren. Und weiter: „In einer Zeit, in der viele, vor allem junge Menschen, sich immer stärker über soziale Medien informieren, bekommt die Arbeit der politischen Bildung auf den unterschiedlichen Plattformen eine größere Bedeutung.“

Bezahlkarte

28.2.2024 – Die FDP-Fraktion hat sich dafür ausgesprochen, die Bezahlkarte für Asylleistungen in Nordrhein-Westfalen flächendeckend einzuführen. Ende Januar 2024 hatten sich 14 der 16 Bundesländer – auch Nordrhein-Westfalen – auf ein länderübergreifendes Ver-